

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle II

18. Dezember 2009 • Nr. 44 • 0,73 €

Gaskommentar von Klimafonds-
Geschäftsführerin Eveline Steinberger



FPÖ/BZÖ

Im Sog des Hypo-Desasters

SPÖ fordert restlose Aufklärung

INTERN

Der Weltklimagipfel in Kopenhagen war „das“ bestimmende Thema der letzten Tage. Nicht zu unrecht, geht es doch um nicht weniger als um die Rettung der Welt. Die Industriestaaten haben hier als die Hauptverursacher der Klimaerwärmung auch die Hauptverantwortung – die Forderungen von Entwicklungsländern und NGOs nach gerechten Beiträgen der reichen Länder haben daher volle Berechtigung. Die EU hat mit ihrem Beschluss, den Entwicklungsländern eine Anschubfinanzierung zur Verfügung zu stellen, ein Zeichen gesetzt.

Das Hypo-Desaster und der damit verbundene Skandal, möglicher Weise auch Kriminalfall, ist ein weiteres Thema, das uns noch länger begleiten wird. Jetzt gilt es, alle Unregelmäßigkeiten und Fahrlässigkeiten restlos aufzuklären, die dazu geführt haben – der hilflose Versuch des BZÖ, der politischen Verantwortung per Fusion mit der FPÖ zu entgehen, kann schon jetzt als gescheitert betrachtet werden.

Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir erholsame Feiertage und einen guten Rutsch!

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Klimaschutz	4
Interview mit SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr	5
Interview mit Infrastrukturministerin Doris Bures	6
Hypo Alpe Adria-Desaster	7
Gastkommentar von Klimafonds-Geschäftsführerin Eveline Steinberger	14

Arbeitsmarkt: Jugendarbeitslosigkeit rückläufig

Erstmals seit Ausbruch der Krise ist die Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 19-Jährigen rückläufig. Die Maßnahmen der SPÖ-geführten Bundesregierung im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zeigen Wirkung: Die Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 19-Jährigen ist Mitte Dezember um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und es werden wieder mehr Lehrlinge gesucht. Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist der Rückgang ein gutes Zeichen, die Krise am Arbeitsmarkt ist aber noch nicht vorbei: „Deshalb ist klar, dass wir in unse-

ren Anstrengungen nicht nachlassen werden, jungen Menschen bestmögliche Qualifikation und Ausbildung zu geben und sie auf der Suche nach einem Arbeitsplatz zu unterstützen.“



BMASK

Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Die Ausbildungs-garantie und der Fokus auf Qualifikation zeigen Wirkung.“



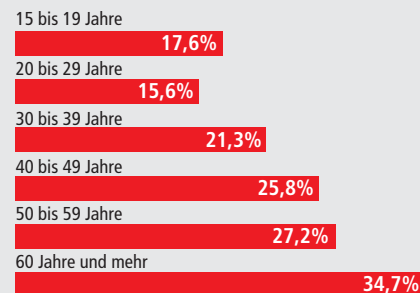
Ranz

Der SPÖ-Politiker, Gewerkschafter und Bundesrat Harald Reisenberger verstarb unerwartet am 16. Dezember.

Trauer um Harald Reisenberger

Die SPÖ ist tief betroffen über das Ableben von SPÖ-Bundesrat Harald Reisenberger, der im Alter von nur 52 Jahren plötzlich verstarb. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Die Sozialdemokratische Partei verliert einen langjährigen Weggefährten und treuen Genossen, der viel für die sozialdemokratische Bewegung geleistet hat.“ Klubobmann Josef Cap schließt sich an: „Harald Reisenberger wird im sozialdemokratischen Parlamentsklub eine große Lücke hinterlassen. Unser ganzes Mitgefühl gilt nun seiner Familie, die diesen Verlust so kurz vor Weihnachten verkraften muss.“

Differenz zwischen Frauen- und Männereinkommen nach Alter



Quelle: APA/AK/Statistik Austria | Grafik: SPÖ

Einkommensschere geht im Alter auf

Die Einkommens-Benachteiligung von Frauen steigt im Alter: Bei den 15- bis 19-Jährigen liegt die Differenz zwischen den Geschlechtern bei 17,6 Prozent, während es bei den über 60-Jährigen 34,7 Prozent sind. SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm fordert: „Jedes Unternehmen muss einen Plan erstellen, in dem festgelegt wird, wie die Unterschiede verringert werden.“

Zitat der Woche

„Ja, da hatten wir ein besonderes System. Ich nenne es das Schlüssel-Haider-Grasser-System, das dieses erlaubt hat.“

Ex-Finanzminister Hannes Androsch zum Hypo-Debakel



Spiola

SPÖ-Petitions-sprecherin Rosa Lohfeyer

Mehr Demokratie in der Schule

„Ich bin beeindruckt vom Engagement der Schülerinnen und Schüler und erfreut, dass auch die anderen Parteien im Petitionsausschuss dieses Engagement schätzen“, so SPÖ-Petitionssprecherin Rosa Lohfeyer zum beschlossenen 5-Parteien-Antrag zur Abhaltung eines Expertenhearings am 19. Jänner 2010 zum Thema mehr Demokratie in der Schule. Lohfeyer wies darauf hin, dass Vertreter von Bürgerinitiativen noch nie im Petitionsausschuss zu einem Hearing eingeladen wurden. „Es freut mich, dass die engagierten Jugendlichen die ersten sind, die ihr Anliegen direkt vorbringen und diskutieren können“, so die SPÖ-Abgeordnete.



Polit-Clowns unterwegs

Die Verhöhnung der Steuerzahler beschädigt die Politik. Wendehäse und Realitätsverweigerer auch.

Es ist eine Ironie, dass gerade jetzt, während ich diesen Kommentar schreibe, die Meldung einer Fusion der FPÖ mit dem BZÖ-Kärnten erfolgt. Denn die Hypo-Pleite hat unter der FPÖ in Kärnten ihren Anfang genommen und jetzt kehrt das Schlamassel an den Ursprung und damit in die FPÖ zurück. Dass die FPÖ gerade jetzt, zum Höhepunkt des Hypo Alpe Adria-Debakels, diese Zusammenarbeit sucht, wirft die Frage auf, ob und wie tief die FPÖ und H.C. Strache im Hypo-Sumpf mit drinnen stecken. Zu solchen Wendehäsen kann man jedenfalls in der Politik kein Vertrauen haben. Fakt ist: Egal ob jene, die Kärnten in Geiselhaft halten, sich nun ein oranges oder blaues Mäntelchen umhängen – sie tragen die Verantwortung für die Hypo-Pleite.

Jetzt hat Strache den Ableger des dritten Lagers also zurückgeholt. Er hat sich damit aber auch seine, von ihm negierte Verantwortung über ein Trauerspiel der Politik zurück in die FPÖ geholt.

Was sich in der Folge der Verstaatlichung der Hypo Alpe Adria seitens des BZÖ abgespielt hat, ist eine verantwortungslose Chuzpe, wie ich sie bisher noch nicht erlebt habe. Zur Erinnerung: Landeshauptmann Jörg Haider und seine windige Buberlpartie bedienen sich ausgiebig an der Bank und an Steuergeldern, um in Fürstenmanier persönlich Hunderter und Tausender an die Bevölkerung zu verteilen. Sie verantworten bei einem Jahresbudget von 2 Milliarden Euro eine Landeshaftung für die Bank von 18 Milliarden, obwohl die Bank schon ein zu großes Risiko trägt. Sie wirtschaften das Land dermaßen herunter, dass die Bevölkerung nun

die größte Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer zu verzeichnen hat.

Die Reaktion der orangenen Witztruppe? Sie grinsen in die TV-Kameras, sie faseln etwas von einem Abwehrkampf gegen die Wiener, sie stellen sich tatsächlich hin und wagen es zu behaupten, dass das Kärntner BZÖ „super verhandelt habe“. Es ist eine unerträgliche Schande. Um es mit Max Liebermann zu sagen: „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.“



Die Glaubwürdigkeit der Politik wird durch Dörfler, Strache, Scheuch und Co. wieder meilenweit zurückgeworfen.

Die Überpointe: Gerade die FPÖ, die sich immer als Partei des ‚Kleinen Mannes‘ präsentiert und immer von Ehrlichkeit und Anständigkeit in der Politik gefaselt hat, genau diese FPÖ fusioniert nun mit den Scheuch-Brüdern, den Großgrundbesitzern und größten Profiteuren des Systems Kärnten. Was bringt Strache eigentlich dazu, nun mit jenen zu packeln, die sich immer abfällig über ihn geäußert und ihn als ungebildet tituliert haben? Wie hängt die FPÖ in den Vorgängen rund um die Hypo? Fragen, die die unabhängige Justiz klären muss.

Wir alle bemühen uns, den ohnehin nicht gerade guten Ruf der Politik zu verbessern und die Glaubwürdigkeit der Politik zu erhöhen. Seit letzter Wochen wird die Glaubwürdigkeit der Politik allerdings durch Dörfler, Scheuch, Strache und Co. wieder meilenweit zurückgeworfen. Anstatt sich nach diesem historischen Debakel in Demut zu üben, anstatt „Danke“ zu sagen, überbieten sich die Profiteure von Haider's Pleite-Erbe in unsagbaren Frechheiten. „Ein guter Tag für Kärnten“? Eines sollten sich Dörfler, Scheuch und, jetzt darf man auch sagen, Strache und Co. hinter die Ohren schreiben: Es reicht den Österreichern – vom Bodensee bis zum Neusiedlersee und ich bin überzeugt auch am Wörthersee – mit den Spinnereien. Sie dürfen nun finanziell für die Folgen dieser Polit-Amateure aufkommen. Die Kärntner haben Besseres verdient!

Die SPÖ-geführte Regierung ist nun eingesprungen, um nachhaltigen Schaden für Kärnten, aber auch für all jene Kreditnehmer und Sparer abzuwenden, die durch den eintretenden Domino-Effekt bei einer Pleite der Bank geschädigt worden wären. Die Verstaatlichung war ohne Alternative. Im Gegensatz zu den Polit-Clowns des BZÖ stehen wir zu unserer Verantwortung, denn uns geht es nicht um den Vorteil einiger Weniger, hier geht es um das solidarische Funktionieren unseres Gemeinwohls.

Ich mache gern Politik und trage gern Verantwortung. Zusehen zu müssen, wenn die Politik insgesamt durch machterliebte Egoisten a la FPÖ/BZÖ diskreditiert wird, macht mich unsagbar wütend. Dem Spuk dieser Clowntruppe können nur die Steuerzahler – die Wähler – ein Ende bereiten. ♦

UMWELT

Geld für das

Beim EU-Gipfel in Brüssel und bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen ging es um mehr Klimasensibilität und einen gerechteren Beitrag der Industrienationen.



Fotolia

Spanien und die Niederlande mit 100 Millionen brachten ebenfalls große Summen auf. Österreich wird nach den Worten von Bundeskanzler Werner Faymann 40 Millionen pro Jahr, insgesamt 120 Millionen Euro, zahlen.

Diese internationale Image-Reparatur war notwendig. Denn immerhin erhielt Österreich in Kopenhagen die wenig schmeichelhafte Auszeichnung „Fossil des Tages“ zu sein, verliehen vom „Climate Action Network“, einem Zusammenschluss von rund 500 NGOs weltweit. Österreich teilt sich den Titel mit Schweden und Finnland. Der Grund: Die drei Länder wollen sich die sinkende CO₂-Speicherkapazität ihrer Wälder nicht anrechnen lassen.

Österreich hat laut Berechnungen von Global 2000 zwischen 1900 und 2005 im Vergleich zum einwohnermäßig etwa gleich großen Benin in Afrika die rund 130-fache Menge an Kohlendioxid in der Atmosphäre deponiert. Mehr als elf Tonnen

Klimaschutz ist dem Bundeskanzler ein Anliegen:
Werner Faymann hat in Brüssel 120 Millionen Euro aus Österreich zugesagt.

Mehr als 100 Staats- und Regierungschefs der Erde wurden bei der UN-Konferenz in Kopenhagen erwartet, um in Sachen Klimaschutz Entscheidendes voranzubringen und die Quadratur des Kreises zu finden: allen Nationen der Erde Selbstbeschränkung aufzuerlegen und einen Ausgleich zwischen den reichen und den armen Ländern zu schaffen. Der Versuch ist nicht ganz neu: Auf dem Papier einigte man sich bereits 1992 in Rio de Janeiro und 1997 in Kyoto auf eine Reduzierung der CO₂-Emissionen. Die Umsetzung der Vereinbarungen wurde allerdings weltweit verfehlt.

EU setzt Maßstäbe

Die Europäische Union hat mit ihrem Beschluss beim Gipfel Anfang Dezember in Brüssel, den Entwicklungsländern für Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz ab dem

Jahr 2010 pro Jahr 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, eine Lanze gebrochen. Insgesamt würden damit bis 2012 rund 7,2 Milliarden Euro aufgebracht, was genau einem Drittel jener „Anschubfinanzierung“ entspricht, die die UNO nach dem Kyoto-Protokoll als Referenzzahl für eine erfolgreiche Bekämpfung der Erderwärmung vorgegeben hatte. „Die vereinbarten 7,2 Milliarden Euro Anschubfinanzierung der EU für Klimaprojekte in Entwicklungsländern muss nicht das letzte Wort sein. Das Angebot ist die Basis“, stellte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem EU-Gipfel zusätzliche Gelder in Aussicht. Die Einigung war möglich geworden, weil Deutschland, Frankreich und Großbritannien sich bereit erklärten, den Löwenanteil zu übernehmen und jeweils 420 Millionen pro Jahr aufzubringen. Premier Gordon Brown schloss sogar eine weitere Erhöhung nicht aus. Schweden mit mehr als 200 Millionen Euro,

EU-Klima-Hilfe für Entwicklungsländer

EU Gesamt 2010-2012 7,2 Mrd. Euro
2,4 Mrd. / Jahr

Innerhalb von 3 Jahren in Mio. Euro (Länderauswahl)

	GBR	1.650
	FRA	1.260
	GER	1.260
	SWE*	750
	ITA*	600
	ESP*	300
	NED*	300
	BEL*	150
	ÖST	120

*Kolportierte Werte
Quelle: APA/EU-Kommission
Grafik: SPÖ

Mit den insgesamt zugesagten 7,2 Milliarden Euro für den Klimaschutz in Entwicklungsländern setzen die EU-Staaten ein wichtiges Zeichen.

Weltklima

Treibhausgase werden pro Kopf in der Alpenrepublik in die Luft geblasen, womit wir etwa gleichauf mit Deutschland liegen, aber noch vor Großbritannien, Japan, dem EU-Durchschnitt und der Schweiz. Die Emissionen Österreichs sind stetig gestiegen.

Zeit zu handeln

Grundsätzlich hat Österreich beste Voraussetzungen, den Ruf als Umweltvorreiter zurückzugewinnen. Das Land hat Wasserkraft, ist wohlhabend, kann in Energieeffizienz investieren, in öffentliche Verkehrssysteme, in grüne Technologie – in die Zukunft also.

Ein Stein des internationalen Anstoßes ist allerdings die von Österreich geübte Praxis des Emissionsablasshandels. 531 Millionen Euro wurden bislang



Österreich steht derzeit in Sachen Klimaschutz nicht besonders gut da – allerdings hat es sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich von Platz 50 auf Platz 42 von 57 Staaten verbessert.

ausgegeben, um Verschmutzungsrechte im Ausland zu kaufen, anstatt das Geld zu

Hause für eine kluge Klimapolitik zu verwenden und ein Vielfaches an privaten Folgeinvestitionen auszulösen. Bundeskanzler Werner Faymann sagt dazu sehr deutlich: „Es ist keine Dauerlösung, dass man sich CO₂-Zertifikate im Ausland kauft, wenn man die Senkung der Emissionen selbst nicht erreicht.“ Und SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr stellt klar: „Was wir brauchen, sind effektive Maßnahmen der Energie- und Klimapolitik zur CO₂-Reduktion im Inland. Durch den Kauf von Zertifikaten spart Österreich kein CO₂ ein.“

Österreich braucht ein Klimaschutzgesetz mit klaren und überprüfbaren Zielen. „Ein österreichisches Bundesklima-

INTERVIEW

„Nicht eine Not gegen die andere ausspielen“

SPÖ-Sprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, Petra Bayr im Gespräch mit SPÖ Aktuell zu Österreichs Klimapolitik.

SPÖ Aktuell: Die EU will 7,2 Milliarden Euro für den Klimaschutz in Entwicklungsländern bereitstellen. Wird das was bringen?

Petra Bayr: Klimaschutz funktioniert nur weltweit und solidarisch. Es ist wichtig, dass wir jetzt Geld für den Klimaschutz in die Hand nehmen, anstatt später für den Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels wesentlich teurer zu bezahlen. Dass Bundeskanzler Werner Faymann im Rahmen des EU-Gipfels einen Beitrag Österreichs von 120 Millionen Euro für den Klimaschutz in Entwicklungsländern zugesagt hat und dies zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung, ist sehr zu begrüßen. Wichtig ist, auch im Zusammenhang mit den EU-Milliarden für die Soforthilfe, dass die Mittel zur Bekämpfung von Armut und Hunger nicht gekürzt werden – wir können und dürfen nicht eine Not gegen die



Petra Bayr

Zinner andere ausspielen, das wäre blanker Zynismus.

Österreich hat die Punzierung eines Kyoto-Sünders abbekommen. Wird es in absehbarer Zeit ein neues Klimaschutzgesetz in Österreich geben?

Bayr: Österreichs Klimapolitik braucht endlich klar definierte Maßnahmen, Zeitpläne und Finanzierungsmechanismen – in Form eines umfassenden Klimaschutzgesetzes. Während der Umweltminister nach wie vor an einem Klimaschutzgesetz bastelt, könnte diese Zeit bereits genützt werden, um mit den Ländern klare Zuständigkeiten zu vereinbaren und so die politische Durchsetzbarkeit zu erhöhen. Auch wäre es besser, Maßnahmen, die im Inland Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Reduktion der Treibhausgase bringen, umzusetzen. Etwa die Abarbeitung der zahlreichen An-

träge im Bereich betrieblicher Umweltförderung, gesetzliche Quoten für Mehrwegflaschen im Abfallwirtschaftsgesetz und Reduzierung der Ausnahmen beim Emissionschutzgesetz.

Sie haben gemeinsam mit Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter ein Modell zur thermischen Sanierung vorgeschlagen ...

Bayr: Wir regen ein neues Fördermodell für die thermische Sanierung an, das besonders den Ärmsten zugute kommen soll. Denn gerade finanzschwache Familien sitzen in den Wohnungen mit alten Kohleheizungen, dünnen Wänden und undichten Fenstern. Ein Kreditmodell würde es nicht nur erlauben, die Betriebskosten ärmerer Familien zu senken und deren Lebensqualität beträchtlich zu steigern, sondern würde auch die Wirtschaft weiter ankurbeln und die Treibhausgase in Österreich selbst senken, anstatt anderswo „heiße Luft“ einzukaufen. ♦

schutzgesetz muss klar definierte Maßnahmen, Zeitpläne, Verbindlichkeiten und Finanzierungsmechanismen beinhalten“, fordert Bayr. Notwendig sei eine „Rückbesinnung auf eine starke, eigenständige Umweltpolitik, die aus der Geiselhaft der Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik befreit werden muss“. Bayr resümiert: „Pröll und Berlakovich haben viel Zeit zum Verhandeln gehabt und nicht genutzt. Österreich braucht ein solches Gesetz seit Jahren – es hätte wirken und helfen können, die Kyoto-Ziele zu erreichen.“ Die Österreicherinnen und Österreicher sehen das ähnlich. Laut einer market-Umfrage antworten 45 Prozent auf die Frage, welche Partei am ehesten dafür verantwortlich ist, dass Österreich zu wenig für den Klimaschutz tut: ÖVP. Nur 12

Prozent sehen hier die Verantwortung für politisches Versagen bei der SPÖ.

Sanierung von Gebäuden hat größtes Potential

Das größte Potenzial für Einsparungen im CO₂-Emissionsbereich sehen Experten in der Sanierung von Gebäuden. Durch Verbesserung des Wärmeschutzes von Altbauten ließe sich die aus dem Heizenergieverbrauch resultierende CO₂-Belastung je nach Objekt um 50 bis 90 Prozent reduzieren. Hier wollen Petra Bayr und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter mit einem neuen Modell zur Förderung der thermischen Sanierung von Ein- und Mehrfamilienhäusern und Wohnungen anset-

zen. Hintergrund ist, dass die Förderungen im Konjunkturpaket II besonders die oberen Einkommen unterstützen. „Niedrigere Einkommen haben von dem Prämienmodell nicht profitiert, da die Anfangsinvestitionen gar nicht getätigt werden können“, kritisiert Matznetter und führt aus: „Wir fordern daher zinsfreie Kredite, für die die öffentliche Hand haftet und die von allen in Anspruch genommen werden können, und zwar rasch und unbürokratisch.“

Die „größte Klimaschutzmaßnahme Österreichs“ lokalisiert Bayr allerdings in den Investitionen im Ausmaß von 14 Milliarden Euro für den Ausbau der Schiene. „Das ist eine Klimapolitik, die über die Legislaturperiode hinaus denkt – genau das brauchen wir.“ ♦

INTERVIEW

„Umweltfreundlich und mobil“

Infrastrukturministerin Doris Bures zu Ökologisierung der Lkw-Maut und Rekordinvestitionen in die Schiene, dem derzeit größten Klimaschutzprojekt.



Zinner punktsetzungen in den Bereichen Energieeffizienz, Verkehr, erneuerbare Energien und Energiesysteme setzen wir wichtige Impulse für den Umwelt- und Klimaschutz.

Was wird 2010 in Sachen Klimaschutz getan?

Bures: Um die grüne Mobilität im Verkehr zu fördern, haben wir die Forschungsförderung für neue Technologien im Automotive-Sektor in den Jahren 2009 und 2010 um 50 Prozent auf 60 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Damit wollen wir die Optimierung der konventionellen und die Entwicklung und Produktion von alternativen, schadstoffarmen Antrieben forcieren.

Insbesondere geht es hier natürlich um E-Mobilität. Eine weitere Maßnahme für umweltfreundlicheren Verkehr ist die Ökologisierung der Lkw-Maut: Die neuen Mauttarife ab Jänner 2010 schaffen einen Anreiz, alte Lkw durch schadstoffärmere zu ersetzen. Lkw mit geringem Schadstoffausstoß zahlen bis zu zehn Prozent weniger, die mit dem höchsten Schadstoffausstoß um zehn Prozent mehr.

Genannt wird im Zusammenhang mit dem Klimaschutz auch immer die Schiene ...

Bures: Die Rekordinvestitionen in die Schiene sind das derzeit größte Klimaschutzprojekt in Österreich. Die Bahn soll at-

traktiver, schneller und wettbewerbsfähiger werden. Über 30 Prozent der Güter werden in Österreich auf der Bahn befördert, der EU-Schnitt liegt bei 15 Prozent. Die ÖBB bringt jeden Monat rund 360.000 Lkw auf Schiene. Das heißt: Wir sind hier schon gut unterwegs, wollen aber noch besser werden. Ziel ist es, mit dem Ausbau der großen Achsen 40 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene zu verlagern. ♦

INFO

Klimaschutzmaßnahmen des BMVIT

- ▶ **Tunnelthermie:** Erstmals wird in Österreich eine Schule durch die gewonnene Tunnelenergie (Lainzer Tunnel) beheizt. Ersparnis von rund 51 Tonnen CO₂ im Vergleich zu einer Heizöl-Anlage.
- ▶ **Taurus-Loks:** Speisen beim Bremsen die Bremsenergie zurück – dadurch minus 15 Prozent Stromverbrauch.
- ▶ Durchschnittlich 1,2 Mio. Menschen fahren täglich mit der Bahn. Für die Strecke Wien-Salzburg heißt das: 44,6 kg CO₂-Einsparung pro Person.
- ▶ **Ökologisierung der LKW-Maut:** indirekte Verschrottungsprämie für Lkw. Wer einen alten Lkw ersetzt, erhält einen Gebührenvorteil.

Infrastrukturministerin Doris Bures will 40 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern.

SPÖ Aktuell: Was hat das Infrastrukturministerium mit Klimaschutz zu tun?

Doris Bures: Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ist ein Klimaschutzministerium: Die Bahn ist einer der umweltfreundlichsten Verkehrsträger, es werden öffentlicher Verkehr sowie Anschlussbahnen und auch die Schifffahrt gefördert. Und nicht zuletzt ist das BMVIT federführend im Forschungsbereich bei Energie- und Umwelttechnologien sowie bei umweltfreundlicher Mobilität. Hier spielt natürlich der Klima- und Energiefonds eine wichtige Rolle, für den das BMVIT gemeinsam mit dem Umweltministerium verantwortlich zeichnet. Durch gezielte Schwer-

HYPO ALPE ADRIA

Bundeskanzler Faymann: „Verstaatlichung war unverzichtbar“

Ohne Verstaatlichung, wäre die Haftung des Landes Kärnten von mehr als 18 Milliarden Euro schlagend geworden und hätte das Budgetdefizit um sechs bis sieben Prozentpunkte erhöht.



Eine Insolvenz der Hypo hätte katastrophale Folgen gehabt – aber die Vorgänge, die zu dem Desaster der Bank geführt haben sind restlos aufzuklären.

Bundeskanzler Faymann kündigt „die restlose Aufklärung“ der Vorgänge rund um die Bank an. Wer die politische Verantwortung zu tragen hat, ist für den Kanzler klar: die Kärntner Landespolitik unter Führung des Kärntner Landeshauptmanns Gerhard Dörfler.

Arbeitsplätze gesichert

Mit der Übernahme der Hypo Alpe Adria durch die Republik Österreich sind Arbeitsplätze, Spareinlagen und Gehaltskonten geschützt sowie die Funktionsfähigkeit der Kärntner Wirtschaft erhalten worden. Eine Insolvenz der sechstgrößten heimischen Bank hätte „katastrophale Folgen für ganz Österreich sowie angrenzende Regionen gehabt“. Ex-SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch ist auch dieser Meinung: „Eine Insolvenz hätte noch größeren Schaden ausgelöst. Das wurde verhindert“, so Androsch.

Staat musste Bank übernehmen

SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder, der an den Verhandlungen zur Rettung der

Hypo beteiligt war, betont vor allem die Rolle der Kärntner Politik in dem Desaster: Es ist die Milliarden-Haftung des Bundeslandes gewesen. Dies habe die Zwickmühle nun herbeigeführt. Der Bund war zur Verstaatlichung gezwungen, weil sie die Alteilgentümer „nicht mehr haben wollten“, sagte Schieder.

Um Finanzdesaster wie im Fall der Hypo in Zukunft zu verhindern, spricht sich der Bundeskanzler für ein Gesetz im Verfassungsrang aus: „Da muss es jemanden geben, der sagt, die rote Linie reicht bis hierher und nicht weiter.“ Die genaue technische Ausgestaltung wird die Regierung gemeinsam mit Experten, dem Parlament und den Bundesländern erarbeiten. „Die Bundesregierung verfolgt eine klare gemeinsame politische Strategie“, betont Faymann.

Ehemals orange, jetzt blaue Politiker sind verantwortlich

Die Verantwortlichen für das Debakel sieht der Kanzler in Kärnten sitzen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter teilt diese Meinung und sieht die Truppe um LH Dörfler „im Polit-Konkurs“. Die Bevölkerung er-

picturedesk



Zimmer

„Das BZÖ befindet sich in Wirklichkeit im Polit-Konkurs.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

wartet sich den „sofortigen Rücktritt“ der Verantwortlichen des Debakels und wundert sich, „warum nach wie vor im Zusammenhang mit der Causa Hypo Alpe Adria noch niemand hinter Schloss und Riegel gebracht wurde“, sagt Kräuter.

Kärntens ÖVP-Landesparteiobmann Josef Martinz, der auch Wirtschaftslandesrat und Aufsichtsrat der Landesholding ist, sollte zur Raison gebracht werden, fordert Kräuter. Martinz ist „völlig uneinsichtig und versucht nun, die Hälfte des 200-Millionen-Anteils Kärntens an der Gesamtlösung dem Bund unterzuschieben“, sagte Kräuter. ♦

INFO

Warum die Hypo nicht fallen gelassen wurde:

- ▶ Hätten wie befürchtet tausende Anleger ihr Geld abgezogen, wäre die Situation noch weiter eskaliert.
- ▶ Die Pleite wäre den Steuerzahlern und dem Staat teuer gekommen.
- ▶ Im Ausland hätte das Image heimischer Banken und auch die Reputation der gesamten Republik Österreich gelitten.
- ▶ Eine Insolvenz hätte auch viele Sparer am Balkan betroffen und letztlich zu einem Dominoeffekt geführt.
- ▶ Ein Ausfall der Hypo hätte auch andere heimische Banken bluten lassen.

KAMPAGNE

„Europa weiter denken“

Unter dem Titel „Europa weiter denken“ lädt die SPÖ-EU-Delegation ab sofort auf einer eigenen Online-Plattform, sowie bei den „Europa-Cafés“ zur Diskussion ein. Nähere Infos auf www.europa-weiter-denken.at.



Im Rahmen der Initiative „Europa weiter denken“ sind alle Interessierten aufgerufen, Europa mit Herz zu diskutieren.

Europa mit Herz diskutieren“ ist das erklärte Ziel der innovativen Kampagne mit dem Titel „Europa weiter denken“ der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament. Ob jung oder alt, alle Interessierten sind dazu eingeladen, an einem Europa-Manifest mitzuarbeiten – via Internet oder bei den „Europa-Cafés“, mit denen die EU-Abgeordneten in ganz Österreich Station machen. „Wir suchen die persönliche und die virtuelle Diskussion, wir wollen Europa gemeinsam mit den Menschen in Österreich denken“, skizziert Delegationsleiter Jörg Leichtfried das Projekt.

„Obwohl junge Menschen alles richtig machen, kommen viele in der heutigen Zeit dennoch zu kurz.“

Evelyn Regner, EU-Abgeordnete im Ausschuss für Soziales und Beschäftigung

„Europapolitik ist Innenpolitik“

„Keine Luftblase“ solle Europa in den Augen der Menschen sein, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in einem gestärkten Europa müssten erfüllt werden, betont Hannes Swoboda, Vizepräsident der S&D-Fraktion im EU-Parlament. „Wir laden alle Menschen und alle Interessensvertre-

ter dazu ein, Europa gemeinsam zu gestalten“, denn „Europapolitik ist in Wirklichkeit Innenpolitik“, führt die EU-Abgeordnete Karin Kadenbach aus.

Neuausrichtung einer „verkehrten“ EU-Politik

Mehr sozialer Zusammenhalt in Europa steht für die SPÖ-EU-Delegation an erster Stelle. „Die Schieflage in der EU zugunsten mehr Wettbewerb muss endlich korrigiert werden“, unterstreicht die stellvertretende Delegationsleiterin Evelyn Regner, die sich im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales gegen Sozial- und Lohndumping einsetzt. Auch Josef Weidenholzer, der das SPÖ-Team im Europäischen Parlament künftig verstärken wird – als Folge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon – spricht sich für eine „Neuausrichtung der verkehrten Politik zugunsten der Menschen“, aus.

Arbeitsplätze sichern und Qualität bewahren

Auch das Schaffen von Arbeitsplätzen steht im Zentrum der europäischen sozialdemokratischen Politik. Dafür braucht es eine gesunde und nachhaltige Wirtschaft,

verbunden mit dem Ziel der Vollbeschäftigung. „Eine Herausforderung, die wir nur gemeinsam bewältigen können“, so Kadenbach. Ein erster Schritt hin zur Vollbeschäftigung, auch in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise, könnte laut Swoboda eine Umstrukturierung auf europäischer Ebene in Richtung einer „grüneren Wirtschaft“ sein. Nicht zuletzt geht es der SPÖ-EU-Delegation um den Schutz der öffentlichen Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge. Liberalisierungen seien nicht im Sinne der Menschen, stattdessen geht es darum, Arbeitsplätze zu sichern und Qualität zu bewahren, betont Leichtfried, der im Verkehrsausschuss die Interessen Österreichs vertritt.

„Die betrogene Generation an Bord holen“

Mit der neuen Initiative „Europa weiter denken“ geht es auch darum, die Jugend zu erreichen. „Wir wollen die betrogene Generation an Bord holen, die alles richtig gemacht hat – in einer Gesellschaft, die immer mehr Leistungsfähigkeit von jungen Menschen erfordert. Obwohl sie alles richtig machen, kommen viele dennoch zu kurz, etwa, was sichere Arbeitsplätze angeht“, erklärt Regner. Über Facebook und die Internetplattform der Kampagne werden daher junge und jung gebliebene Menschen aufgerufen, ihre Meinungen zu einem modernen Europa kundzutun. Bei den Europa-Cafés wiederum gibt es die Möglichkeit, persönlich mit den Abgeordneten zu diskutieren. Nähere Informationen gibt es unter www.europa-weiter-denken.at. ♦



„Schaffen von Arbeitsplätzen und mehr sozialer Zusammenhalt in Europa“, so lautet das erklärte Ziel der SPÖ-EU-Delegation (von links: Hannes Swoboda, Karin Kadenbach, Jörg Leichtfried, Evelyn Regner, Josef Weidenholzer).

WIRTSCHAFT

Rückenwind für die Finanztransaktionssteuer

Die Staats- und Regierungschefs der EU verlangen vom Internationalen Währungsfonds, die Einführung einer Transaktionssteuer zu prüfen.



BKA

Bundeskanzler Werner Faymann ist ein unermüdlicher Kämpfer für die Einführung einer FTS (hier beim EU-Gipfel in Brüssel).

Die österreichische und internationale Sozialdemokratie fordert sie seit langem. Selbst Konservative reüssieren mittlerweile damit. Die Rede ist von der Finanztransaktionssteuer (FTS), einer Steuer auf Kapitalbewegungen, die ein saftiges Mehr an Budgetmittel bringen und Spekulationen eindämmen soll. Vor allem einer nachhaltigen Finanzierung der

Sozialsysteme wäre eine FTS sehr dienlich. Mittlerweile nehmen die Pläne in der Europäischen Union konkrete Formen an. Der jüngste Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs der EU beauftragte den Internationalen Währungsfonds (IWF), eine solche weltweite Abgabe zu prüfen. Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder gehen die weltweiten Regulierungsbe-

„Das sozialdemokratische Engagement in der Frage einer gerechten Besteuerung von Finanztransaktionen trägt Früchte.“
SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

strebungen „in die richtige Richtung“. Immerhin merke man, dass „die Regierungen weltweit ihre Lehren aus der Krise ziehen“ und der vollkommenen Deregulierung den Kampf ansagen. „Das sozialdemokratische Engagement in der Frage einer gerechten Besteuerung von Finanztransaktionen trägt Früchte“, so kommentierte SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas den wichtigen Schritt der Staats- und Regierungschefs. Besonders würdigte Laura Rudas das intensive internationale Engagement von Bundeskanzler Werner Faymann in dieser Frage. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer würde sogar so weit gehen, eine internationale FTS auch ohne die Vereinigten Staaten einzuführen: „Die EU muss den Mut aufbringen, selbst voranzugehen.“ ♦

NAHOST-POLITIK

Israels Vize-Premier Barak in Wien

Schwerpunkt der Arbeitsgespräche mit Bundeskanzler Faymann und Verteidigungsminister Darabos war der bevorstehende Truppenbesuch des Kanzlers bei den österreichischen UN-Truppen auf dem Golan.



Kanzler Faymann mit Israels Vizepremier Ehud Barak in Wien.

BKA

Bundeskanzler Werner Faymann traf mit Israels Vize-Premierminister Ehud Barak zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt zusammen. Thematisiert wurden der bevorstehende Besuch von Faymann in Syrien und der Truppenbesuch auf dem Golan. Der Bundeskanzler verwies auf das Engagement Österreichs im Nahen

Osten seit den 70er Jahren. „Die österreichischen UN-Truppen am Golan haben einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Region geleistet. Dafür werde ich mich auch bei meinem bevorstehenden Besuch am Golan bedanken.“ Faymann sprach sich zudem für die rasche Wiederaufnahme der israelisch-palästinensischen Friedensgespräche aus. ♦

BEHINDERTE

Erwin Buchinger wird neuer Behindertenanwalt

Eine Expertenkommission empfahl Erwin Buchinger einstimmig als besten Kandidaten.

Wenzel



Obwohl es Sozialminister Rudolf Hundstorfer rechtlich möglich gewesen wäre, den neuen Behindertenanwalt im Alleingang zu bestellen, wurde eine Expertenkommission einberufen, die in einem objektiven Verfahren den Besten aus ursprünglich 13 Bewerbern bestimmte. Die Wahl fiel einstimmig auf den ehemaligen SPÖ-Sozialminister Erwin Buchinger. Er sieht den Schwerpunkt seiner Arbeit darin, für Behinderte den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern und die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum voranzutreiben, da viele behinderte Menschen über mangelnde soziale Integration klagen. Sozialminister Rudolf Hundstorfer lobt die Kompetenzen, die Buchinger in sein neues Amt mitbringt. Auch für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter steht fest: „Wenn es eine geeignete Persönlichkeit für diese Position gibt, dann ist das Erwin Buchinger.“ ♦

Buchinger will ein breiteres Bewusstsein für die Probleme von Behinderten schaffen.

PARLAMENT

Dichtes Programm zum Jahresende

Mit einem umfangreichen Programm ging der Nationalrat ins Jahresfinale.



„Machtpolitische Spielchen werden auf dem Rücken der Kinder ausgetragen.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

Zahlreiche wichtige Beschlüsse standen auf der Tagesordnung, darunter die Verlängerung des Banken-Hilfspakets und die zwischen Regierung und Pensionistenvertretern zusätzlich ausverhandelte Pensionserhöhung für 2010. Beschlossen wurde auch die eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle sowie die Reform der Zukunftsvorsorge und die Gehaltserhöhung für die Beamten.

Im kommenden Jahr können sich Bezieher mit geringen Pensionen (bis zu 1.300 Euro monatlich) über mehr Geld freuen: Sie erhalten eine Einmalzahlung über die 1,5 Prozent Inflationsanpassung hinaus. „Mit einem Volumen von 35 Millionen Euro ist die Kaufkraft der älteren Generation sichergestellt“, betonte SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits.

Beschlossen wurde auch die eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle. Für

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wird damit eine langjährige SPÖ-Forderung erfüllt – wenn auch mit einigen Schönheitsfehlern. Denn bisher ist weder eine Zeremonie am Standesamt möglich, noch eine Stiefkinder- oder Fremdkinderadoption. Weiters wurde beschlossen, dass der „Schutzschirm“ für die Banken bis Ende 2010 aufgespannt bleibt.

Die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung ist allerdings für heuer gescheitert, da die Opposition sich bis März 2010 auf einen Boykott von Gesetzen, die eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigen, versteift hat. SPÖ-Klubobmann Josef Cap sprach von einer „verpassten Chance“. Die unsachliche Verknüpfung des Untersuchungsausschusses ist für Cap inakzeptabel: „Hier werden machtpolitische Spielchen auf dem Rücken der Kinder ausgetragen.“

FRAUEN

Klares NEIN zu Gewalt an Frauen

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer startet UNIFEM-Unterschriftenaktion im Parlament.



Fotos: Ott

Breite Unterstützung unter den Abgeordneten der SPÖ fand die Initiative von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gegen Gewalt an Frauen (SPÖ-Abgeordnete, Prammer, SPÖ-Klubobmann Josef Cap).

Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen muss uns ein vordringliches Anliegen sein“, erklärte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer beim Start der Unterschriftenaktion zur Kampagne „Say NO to violence against women“ von UNIFEM, dem UN-Entwicklungsfonds für

Frauen. Mit dieser Aktion setzt das österreichische Parlament ein wichtiges Zeichen. Nach einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Frauensprecherinnen der fünf Parlamentsfraktionen am 1. Dezember zeigt diese Aktion einmal mehr, dass hier über alle ideologischen Grenzen

hinweg Einigkeit besteht, so Prammer. Die Nationalratspräsidentin betonte, dass die nationalen Parlamente eine gesetzliche Basis schaffen müssen, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Österreich hat hier gerade mit dem Gewaltschutzgesetz internationale Vorbildwirkung.

Gedichte

Doktor Kästners Lyrische Hausapotheke

In seinem populärsten Gedichtband versammelt Erich Kästner seine teils süßen, teils bitteren poetischen Arzneien.

„Was soll einer einnehmen, den die trostlose Einsamkeit des möblierten Zimmers quält oder die nasskalten, nebelgrauen Herbstabende? Zu welchen Rezepten soll der greifen, den der Würgeengel der Eifersucht gepackt hat? Womit soll ein Lebensüberdrüssiger gurgeln?“ Die Antwort auf diese von ihm selbst gestellten Fragen hat Erich Kästner mit der Lyrischen Hausapotheke geliefert. Seine Rezepte: „Humor, Zorn, Gleichgültigkeit, Ironie, Kontemplation und Übertreibung.“

Dieses wertvolle Nachschlagewerk garantiert Trost und Hilfe in allen Lebenslagen. Autor Erich Kästner lebte bereits drei Jahre in Angst, als er seine „Hausapotheke“ bestückte. 1933 wurden seine Bücher verbrannt und er mit Publikationsverbot belegt. Seine Hausapotheke ist ein unverwundlicher Klassiker und ein unverzichtbares „Nachschlagewerk, das der Behandlung des durchschnittlichen Innenlebens“ gewidmet ist – zeitlos, weise und höchst amüsant. ◆

☐ Stk.


Erich Kästner:
**Doktor Erich Kästners
Lyrische Hausapotheke.**
Atrium Verlag, Zürich 2009;
207 S., 20,50 €

Wissen

Da Vincis Vermächtnis

Der Bestseller-Autor Stefan Klein unternimmt eine faszinierende Zeitreise in die Welt des Jahrtausendgenies Leonardo Da Vinci.

Wie kann ein und derselbe Mann das Lächeln der Mona Lisa erschaffen, den Blutfluss im menschlichen Herzen studieren und funktionsfähige Flugmaschinen bauen? Leonardo war der erste moderne Mensch. Er entwarf funktionsfähige Roboter, digitale Computer und baute die erste Herzklappe. Klein sieht dem Erfinder, Wissenschaftler und Wegbereiter einer neuen Welt bei der Arbeit zu. Heute verehren wir Leonardo als Maler, der die Kunst der Renaissance revolutionierte. Doch seine Zeit-

genossen lobten und umwarben den Forscher in ihm, der mit seinen bahnbrechenden Entdeckungen ein neues Zeitalter einläutete und ein neues Denken erfand. Der Bestsellerautor Stefan Klein entschlüsselt das vergessene Vermächtnis des Universalgenies und zeigt uns, wie wir heute mehr denn je von seiner Art zu denken lernen können. Er lüftet das Geheimnis der Mona Lisa, ergründet Leonardos Faszination für Wasser und erklärt die wahre Bedeutung seines Traums vom Fliegen. ◆

☐ Stk.


Stefan Klein:
**Da Vincis Vermächtnis
oder Wie Leonardo die Welt
neu erfand.**
Fischer Taschenbuch Verlag,
Frankfurt am Main 2009;
336 S., 10,30 €

Mathematik

Rechnen mit Gott und der Welt

Halt! Auch, wer weniger gute Erinnerungen an seinen Mathematik-Unterricht hat, sollte unbedingt weiterlesen.

Es geht um den Fußball und um die Religion, um das Licht und um den Klang, um den Himmel und die Schöpfung, um die Wirtschaft und die Moral, um das Leben und um die Kunst. Universitätsprofessor Rudolf Taschner erklärt in diesem Buch den Zusammenhang dieser Phänomene mit der Mathematik. Vom Goldenen Schnitt bis hin zur Konstruktion eines Fußballs erläutert der Autor die Bedeutung der Mathematik, die die Achse ist, um die sich all das dreht.

Das behauptet jedenfalls der mitreißende wie inspirierende Mathematiker, der in diesem Buch nicht von seiner Wissenschaft selbst berichtet, sondern aus mathematischer Sicht staunend auf die Welt blickt und alle Leserinnen und Leser zum gleichen Staunen verführen möchte. Obwohl nichts so „tot“ ist, wie die Zahl, gelingt es der Mathematik, Wandel und Wechsel zu erfassen. Ein spannendes, kurzweiliges Buch, das auch Mathematikmuffel in seinen Bann zieht! ◆

☐ Stk.


Rudolf Taschner:
**Rechnen mit Gott und
der Welt. Betrachtung von
allem plus eins.**
Ecowin Verlag, Salzburg 2009;
207 S., 22,00 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SALZBURG

„Lehre und Matura“ wird zum Erfolg



LH Gabi Burgstaller unterstützt Lehrlinge mit dem kostenlosen Modell „Lehre und Matura“.



In Salzburg bereiten sich derzeit um 74 Prozent mehr Lehrlinge auf die Matura vor als im Mai 2009. Die ersten Lehrlinge treten im kommenden Jahr zur Matura an.

„Das Projekt ‚Lehre und Matura‘, das Lehrlingen die Möglichkeit bietet, sich

kostenlos auf die Matura vorzubereiten, entwickelt sich zunehmend zu einer wahren Erfolgsgeschichte. Derzeit ‚büffeln‘ in Salzburg 710 Lehrlinge für die Ablegung der Reifeprüfung. Das sind um 74 Prozent mehr als im Mai dieses Jahres. Damit liegt in Salzburg die Steigerungsrate erheblich über dem gesamtösterreichischen Zuwachs von 46 Prozent“, so Landes-

Autor

hauptfrau und Bildungsreferentin Gabi Burgstaller. Das Projekt „Lehre mit Matura“ soll die Lust auf Karriere wecken und speziell Eltern entlasten. „Die jungen Menschen werden nicht mehr automatisch in die mittleren Schulen gedrängt. Wichtig ist, dass die Ausbildung eine sehr gute Startposition für das weitere Berufsleben darstellt und dass keine Ausbildung

eine Einbahnstraße ist“, sagte die Landeshauptfrau.

Maßnahmen, die zum Erfolg führen

Landesweit bereiten sich fast sieben Prozent der rund 11.000 Salzburger Lehrlinge auf die Matura vor. In Salzburg ist die Drop-out-Rate aufgrund eines dreiteiligen Bewerbungsverfahrens mit rund zehn Prozent erheblich niedriger als in anderen Bundesländern. Um einen optimalen Erfolg zu gewährleisten, soll während der Lehrzeit nur ein Fach absolviert werden, die restlichen drei Fächer können bis zu fünf Jahre nach dem Lehrabschluss gratis besucht werden. „Dadurch wird den Lehrlingen der Druck genommen, und sie können die Kurse entsprechend ihren individuellen Zeitkapazitäten wählen“, so die Bildungsreferentin. Im kommenden Jahr werden die ersten Lehrlinge zur Matura antreten. ♦

STEIERMARK

Familienadvent in der Alten Universität



400 Kinder und ihre Eltern feierten Weihnachten in der Grazer Alten Universität.

Nach der Einstimmung durch ein Weihnachtslied, gesungen von einem Jugendchor, begrüßte Landeshauptmann Franz Voves die jungen Gäste: „Bis zum ganz großen Fest sind es noch elf Tage. Damit euch das Warten leichter fällt, haben wir euch heute eingeladen, um ein bisschen vorzufeiern.“ Zuerst gab es zwei Weihnachtsgeschichten, gelesen vom Landeshauptmann und von Landesrätin Elisabeth Grossmann. Nach dem gemeinsamen Christbaumaufputzen konnten sich die Gäste unter anderem mit viel Lebkuchen stärken. Die jungen Besucher konnten ihr Basteltalent unter Beweis stellen und eine Ausstellung zeigte, wie früher Weihnachten gefeiert wurde. ♦



ÖS

LH Franz Voves und Landesrätin Elisabeth Grossmann feiern in der Aula der Grazer Alten Universität mit Kindern Weihnachten.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Kampagne „Armut tut weh“



Auch dieses Jahr bittet die Volkshilfe mit der Kampagne „Armut tut weh“ wieder Menschen und Unternehmen um ihre

Mithilfe durch Spenden, um einen Beitrag für Notleidende zu leisten.

Seit der Gründung der Volkshilfe 1947 setzt sich diese aktiv für die Bekämpfung von Armut und Armutsgefährdung ein. Mit jährlichen Plakatkampagnen, deren Kosten von Sponsoren getragen werden, versucht die Volkshilfe die Sensibilität für das Thema „Armut in Österreich“ zu erhöhen und gleichzeitig für Spendengelder zu werben. Mit den gesammelten Spendengeldern werden Menschen in akuter Armut unterstützt.

Volkshilfe Spendenkonto Aktion „Armut tut weh“:
PSK 90.175.000, BLZ 60000



Margit Fischer ist seit 2004 die Schirmfrau der Volkshilfe-Kampagne „Armut tut weh“.

NIEDERÖSTERREICH

Scheele: Bei Unrecht nicht wegschauen



NÖ-Landesrätin Karin Scheele traf die saharauische Menschenrechtsaktivistin Aminataou Haidar in Spanien – die Heimreise bleibt Haidar nach ihrer Abschiebung und Passabnahme durch Marokko weiter verwehrt.

„Österreich darf bei Unrecht nicht wegschauen“, betonte die niederösterreichische Gesundheits- und Soziallandesrätin Karin Scheele, die die Menschenrechtsaktivistin Aminataou Haidar am Flughafen Lanzarote traf. Dort sitzt die Aktivistin aus der – von Marokko besetzten – Westsahara fest, seit ihr von den marokkanischen Behörden der Pass abgenommen und sie nach Spanien abgeschoben wurde. Haidar befindet sich seit über vier Wochen im Hungerstreik, ihr Gesundheitszustand ist besorgniserregend. Scheele, die Haidar als Vorsitzende der Österreichisch-Saharauischen



„Der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte ist verbunden mit starken Menschen wie Aminataou Haidar“, betonte NÖ-LR Karin Scheele (li.) bei ihrem Treffen mit der Menschenrechtsaktivistin aus der Westsahara, die sich im Hungerstreik befindet.

Gesellschaft seit längerem kennt, erklärte: „Es ist unglaublich, welches Leid und welche Ungerechtigkeiten Aminataou in ihrem Leben bereits erfahren musste, und dennoch kämpft sie weiter. Die spa-

nische Politik darf nicht länger zuschauen, wie Marokko Menschenrechte verletzt.“ Um aktive Mithilfe ersuchte Scheele bereits Außenminister Spindelegger, denn „Solidarität darf kein bloßes Schlagwort sein“.

Daher hat Scheele eine eigene Homepage unter www.passzurueck.at eingerichtet, wo alle Interessierten ein persönliches E-Mail an Spindelegger schicken können. „Demokratie und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit – wir müssen daher jetzt etwas tun und jene unterstützen, die sich in anderen Ländern für Menschenrechte stark machen“, unterstrich Scheele. ♦

BURGENLAND

Zukunft beginnt nach dem Tellerrand



25 Autoren lieferten Beiträge über die wirtschaftspolitische Dimension des Burgenlands.

Vor kurzem wurde der Band „Zukunft beginnt nach dem Tellerrand. Beiträge zum wirtschaftspolitischen Diskurs im Burgenland“ in Eisenstadt präsentiert. 25 Autorinnen und Autoren denken darin über das Burgenland nach. Mit dem Fokus auf die Wirtschaft, auf den Arbeitsmarkt, auf Innovation und auf alles, was bildet. Beiträge lieferten Peter Filzmaier, LH Hans Niessl, die beiden Herausgeber Michael Gerbavits und Georg Pehm und viele andere mehr. Zu beziehen ist es zum Preis von 24,50 Euro zuzüglich Versandkosten über www.lexliszt12.at. ♦



Janzso

Finanzsprecher der SPÖ Burgenland Georg Pehm, Tochter Nadja Pehm, LH Hans Niessl, Lukas Gerbavits, Co-Hrsg. BSA-Vorsitzender Michael Gerbavits bei der Buchpräsentation.

SOZIALISTISCHE JUGEND

Bildungswerkstatt 2009



Vier Tage lang nahmen Mitglieder der SJÖ an Workshops, Diskussionen und einer Ausstellung zum 115-jährigen Bestehen teil.

Über 200 Jugendliche nahmen von 5. bis 8. Dezember an der „Bildungswerkstatt“ (Biwe) der Sozialistischen Jugend (SJÖ) Österreich in Velden am Wörthersee teil. Am Programm standen Kreativworkshops wie Aktionismus und Video sowie inhaltliche Workshops zu Themen wie „Kapitalismus in der Krise“ und Rechtsextremismus. Ein Höhepunkt der „Biwe“ war die Podiumsdiskussion mit SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Auf der Biwe wurde auch das 115-jährige Bestehen der SJÖ gefeiert, unter anderem mit einer multimedialen und eindrucksvollen Ausstellung. Mehr Fotos der Bildungswerkstatt gibt es auf www.sjoe.at. ♦



Weiterbildung wird bei der Sozialistischen Jugend groß geschrieben.



Friedmann

QUERGESCHRIEBEN

Energieeffizienz ist angesagt!

Die Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds plädiert für einen Strukturwandel und auch für unbequeme Entscheidungen.



picturedesk

Der notwendige Strukturwandel verlangt auch unbequeme Entscheidungen. Eine teure Politik, die auf veraltete Industriestrukturen besteht, kann sich Österreich nicht leisten. Ein Negativbeispiel ist etwa die Verschrottungsprämie: 2009 wurden in Österreich 45 Millionen Euro dafür aufgewendet. Diese Förderung bringt keine Zukunftsrendite, ist ökologisch wirkungslos und sie verzögert den erforderlichen Strukturwandel in der Automobilindustrie. Ein zweites Negativbeispiel ist die Förderung der thermischen Sanierung, die ökologischen Auflagen sind viel zu gering auch die Förderung von Biotreibstoffen ist zu hinterfragen.

Gefragt sind eine rasche Markteinführung von „green cars“ und eine anspruchsvolle Gebäudesanierung. Eine große Chance für eine Null-Emissions-Mobilität sehe ich im Ziel: zehn Prozent Elektroautos bis 2020. Dies würde nicht nur der österreichischen Autozulieferindustrie einen großen Innovationsschub bringen sondern auch den Verbrauchern Sparpotenziale beim „Spritverbrauch“ eröffnen. Zusätzlich dazu gilt es, eine neue Kultur der Mobilität zu etablieren, alle umweltfreundlichen Verkehrsmittel sollten künftig mit einem attraktiven öffentlichen Verkehrsnetz, nationalen Radverkehrsplänen und Car-Sharing Angeboten verknüpft werden.

Die Menschen in Österreich bewegen sich bereits – immer mehr kaufen grünen Strom und Bioprodukte. Sie wissen, dass sie mit ihrem Kaufverhalten aktive Klimaschützer sind und damit die Lebensqualität der nachfolgenden Generationen sichern können. ♦

Eveline Steinberger ist Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds.

Das Ziel 10 Prozent Elektroautos bis 2020 ist eine große Chance für die Umwelt.

„Das Gebot der Stunde lautet: stabile politische Rahmenbedingungen schaffen, Innovationen anreizen und Forschungspolitik mit Schwerpunkt auf erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung fokussieren.“

Gesellschaftlich wird der Klimawandel längst als ernsthafte Bedrohung anerkannt. Dennoch steigt der Energieverbrauch weiter an. Zwar haben erneuerbare Energien mit einem Anteil von 27 Prozent zugenommen, doch der Zuwachs beim energetischen Endverbrauch kann damit nicht kompensiert werden.

Energieeffizienz ist angesagt! Gute Absichten sind längst formuliert. Ginge es danach würden wir uns Großteils mit erneuerbarer Energie versorgen.

Worin liegt also die Diskrepanz? Meines Erachtens in einer mangelhaften Prioritätensetzung. Klimapolitik des 21. Jahrhunderts ist eines der strategisch wichtigsten Politikfelder. Klimapolitik berührt: Energie-, Verkehrs, Sozial-, Wirtschafts-, Außen-, Bildungs- und Entwicklungspolitik. Wichtiger Handlungspunkt ist der nachhaltige Umgang mit allen Ressourcen. Das Gebot der Stunde lautet: stabile politische Rahmenbedingungen schaffen, Innovationen anreizen und Forschungspolitik mit Schwerpunkt auf erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung fokussieren. Darüber hinaus brauchen wir eine Verbesserung der Verbrauchskennzeichnung von Endgeräten, eine schnellere Anpassung an technische Innovationen und wirksame europaweite Mindeststandards für Endgeräte, ein Verbot für ineffiziente Standby-Schaltungen und eine klimarelevante Raumplanung und Bauordnung.

LESERBRIEFE



Chaos in Kärnten – Wer für den Untergang der Hypo in welcher Form verantwortlich ist, muss noch geklärt werden.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a. Alexandra Bärtil, Mag^a. Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andrea Schmidt, Susanne Vockenhuber
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Cover: Lehmann, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

picturedesk
Zahlreiche Reaktionen auf die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria erreichten die Redaktion in den letzten Tagen. Hier finden sich einige Zusendungen – teilweise gekürzt – wieder.

Wirtschaftspartei ÖVP? – Wirtschafts-sumpf ÖVP!

Ob bei der Bundesfinanzierungsagentur, dem Buwog-Skandal oder der Hypo-Affäre: Überall waren Leute mit ÖVP-Parteibuch oder zumindest Gesinnungsnähe im Dunstkreis der Verantwortungsträger beteiligt. Nicht gerade eine vorbildliche Wirtschaftspartei. Dass jetzt auch noch ranghohe ÖVP-Politiker wie Herr Kaltenegger ausrücken, um ihre Parteifreunde blind zu verteidigen, ist reine Parteibuchblindheit.

E-Mail von Leopold Eispickel

Dörfler verhöhnt Bevölkerung

Die Kommentare von LH Dörfler und anderen dazu sind eine Verhöhnung für die Problemlöser und die österreichischen Steuerzahler.

E-Mail von Wolfgang Gugl

Betreff: Bankenskandal

Ein Glück für Ex-Finanzminister Grasser, dass es fast noch ärgere Skandale gibt. Jeden Tag weitere Hiobsbotschaften, vor allem wenn ich mir die Hypo-Causa ansehe. Mit welcher Arroganz hier gearbeitet wird, ist eine bodenlose Frechheit. Manche Politiker und Banker nehmen ihre Gage zwar dankend an, übernehmen aber null Verantwortung.

E-Mail von
Gerda Emberger aus Gerlos

Schüssel und Haider

Schüssel ist mit dem tüchtigen, fleißigen und aufrechten Dr. Haider (die Sonne die über Kärnten auf und ja auch wieder untergegangen ist) gemeinsam im Porsche gesessen, darüber hinaus hat er einen der schönsten Österreicher zum Finanzminister gemacht, der wird sich aber an diese Zeit gar nicht mehr erinnern und schon gar nicht daran, dass er beim Hypo-Adria-Spiel mitgespielt hat.

Auflösung des Kärntner Landtages, Neuwahlen, damit diese drittklassigen Buberln unter Führung des Brauereidirektors die Erfahrung machen „Kärnten is net lei ans“.

E-Mail
von Walter Hartl

Justiz soll ermitteln

Es ist eine absolute Frechheit, was so manche Politiker und Supermanager vertuschen wollen. Dörfler und Co. können mir nicht erzählen, dass der Hypo-Bankrott unerwartet kam und niemand davon wusste – nicht zu unrecht gilt/galt die Hypo als „Haus- und Hofbank“ der Kärntner Landesregierung und des BZÖ. Das ist ja blanker Hohn gegenüber uns Steuerzahlern was da passiert ist. Die Justiz soll ihre Ermittlungen aufnehmen und gleiches Recht für alle – egal ob Landeshauptmann, Landesrat oder Manager – geltend machen.

E-Mail
von Gertrude Skarek

NET NEWS

www.volkshilfe.at/shop2help

Mit jedem Einkauf spenden

Wer kennt das nicht – übervolle Geschäfte und Menschenmassen, die sich auf der Suche nach Weihnachtsgeschenken auf den Einkaufsstraßen drängen. Wer sich diesen Stress ersparen will, kann jetzt bei der Volkshilfe-Aktion „Shop2help“ mitmachen. Ab sofort können Sie mit jedem Online-Einkauf helfen: Denn die 50 Partnerfirmen der Volkshilfe (z.B. „Amazon“ oder „Eduscho“)

vergüten jeden Einkauf im Internet mit einer Spende direkt an die Volkshilfe. Wichtig dabei: Dem Käufer entstehen keinerlei Kosten und auch kein Preisnachteil.

Unser Tipp: Einsteigen über das Volkshilfe-Portal www.volkshilfe.at/shop2help, Geschenke für ihre Lieben aussuchen und damit gleichzeitig Menschen in Not helfen. ♦

Wie viel **profil** hat Ihre Vignette?



Zusätzlich zu Ihrem Vignetten-Abo erhalten Sie Ihren profil-CD-Halter für die Sonnenblende. So sind Ihre Lieblings-CDs immer griffbereit!

Um **154,⁹⁰** Vignette '10 holen und 1 Jahr* profil schon am Sonntag per Hauszustellung** zum Frühstück lesen.

Dieses und noch mehr Vignettenangebote bekommen Sie unter 01/95 55-100 oder profil.at/vignette

* Wenn ich mich nicht bis zum 49. Heft schriftlich melde, möchte ich profil zu den jeweils gültigen Bedingungen für Jahresabonnenten weiterbeziehen. Die Zustellung der Vignette erfolgt nach verbuchtem Zahlungseingang (zzgl. 5,50 Euro Versandkosten) und solange der Vorrat reicht. Zahlungsart Erlagschein: 0,90 Euro Bearbeitungsgebühr. Die Einnahmen der Vignette in Österreich werden zu 100 % für den Autobahnbau verwendet. CDs nicht inkludiert. **Sollte die Hauszustellung an Ihre Adresse nicht möglich sein, erhalten Sie Ihr profil am Montag per Post.

Vignette + Abo jetzt auch österreichweit in allen Trafiken!

